

Bezirksamtsvorlage Nr. 1669
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 14.09.2021

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme - bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache-Nr. **3112/V**, Beschluss vom 27.05.2021 betrifft: Personelle Verstärkung im Bereich Verfolgung von Zweckentfremdung von Wohnraum in Mitte

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadträtin Reiser

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft Personelle Verstärkung im Bereich Verfolgung von Zweckentfremdung von Wohnraum in Mitte als Schlussbericht

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Jugend, Familie und Bürgerdienste beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadträtin Reiser

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über Personelle Verstärkung im Bereich Verfolgung von Zweckentfremdung von Wohnraum in Mitte

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.05.2021 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3112/V)

Das Bezirksamt wird ersucht, die personellen Ressourcen im Bereich der Verfolgung von Zweckentfremdung von Wohnraum in Mitte zu verstärken. Hierfür sind die freigewordenen personellen Ressourcen, die bisher die Umsetzung des Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (Mietendeckel) bearbeitet haben, einzusetzen.

Das Bezirksamt hat am 14.09.2021 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Mit Schreiben vom 07.05.2021 informierte die Senatsverwaltung für Finanzen die Bezirke darüber, dass Dienstkräfte, deren Stellungsbesetzungsverfahren bis zum 25.03.2021 abgeschlossen waren, für erforderliche Nachfolgeaufgaben zum Mietendeckel (Härtefallfonds), für die Bekämpfung der Zweckentfremdung oder für pandemiebedingte Aufgaben eingesetzt werden. In diesen Fällen werden die befristeten Beschäftigtenpositionen weiterhin finanziert.

Seit Abschluss Mietendeckel-Abwicklung Ende Juli / Anfang August werden die drei betreffenden Kolleg*innen gemäß den Vorgaben der SenFin und auf ihren ausdrücklichen Wunsch im Rahmen einer wertgleichen Umsetzung (E9b) im Bereich Zweckentfremdung eingesetzt. Die erforderliche Anzahl an freien Stellen stand in dem Bereich zur Verfügung. Die Mitarbeitenden befinden sich momentan in der Einarbeitung.

Somit sind aktuell auf SB- bzw. MA-Ebene alle hausinternen Stellen besetzt (7 Stellen inkl. stellv. Gruppenleitung). Die genannten Kolleginnen des Mietendeckels besetzen die bislang von SenStadt zur Verfügung gestellten Beschäftigungspositionen. Diese sollen ab kommendem Jahr im bezirklichen Stellenplan in dauerhafte Stellen umgewandelt werden.

A) Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Planmäßig sollen die BePos ab 2022 im Stellenplan als dauerhafte Stellen eingerichtet werden.

Berlin, den

Bezirksstadträtin Reiser

Bezirksbürgermeister von Dassel